

Nation in Trümmern

Analyse. Libyen nach dem NATO-Angriffskrieg. Teil I: Die Zerstörung des Landes und die Profiteure des Wiederaufbaus

Von Joachim Guilliard



Der Preis der
»Befreiung«: Die
Überreste der libyschen
Hafenstadt Sirte (21.
Oktober 2011)
Foto: Reuters

Am 17. Februar 2012 feierte die siegreiche Anti-Ghaddafi-Koalition den ersten Jahrestag des Aufstandes, der zur Intervention der NATO und zum Sturz der libyschen Regierung führte. Die überschaubare Teilnehmerzahl bei den Gedenkfeiern zeugte nicht von großer Begeisterung für die neuen Verhältnisse. Keine der neuen Führungspersonen zeigte sich bei den Kundgebungen, wohl aus Sorge, der Jubel unter den Anhängern der »Revolution« könnte in Protestgeschrei gegen sie umschlagen.

Auch die westlichen Medien widmeten dem Ereignis nur wenig Aufmerksamkeit. Die Entwicklung in Libyen nach der »Befreiung« ist hier schon lange kein Thema mehr, steht nun doch mit Syrien der nächste Kandidat für einen »Regime Change« im Zentrum des Interesses. Ein Blick auf das heutige Libyen würde dabei nur stören, zeigte dieser doch – wie zuvor schon in Afghanistan und Irak – keinen positiven Wandel, sondern nur Zerstörung, Chaos, Willkür und Gewalt sowie die offensichtlichen wirtschaftlichen Interessen hinter dem Krieg.

Zehntausende Tote

Die Mitte Februar 2011 einsetzenden Protestaktionen schlugen im Ostteil Libyens innerhalb weniger Tage in einen vom Westen unterstützten bewaffneten Aufstand um. Unter dem Vorwand, die Zivilbevölkerung zu schützen, begann nur einen Monat später ein von NATO-Mächten geführter Krieg gegen ein lediglich sechseinhalb Millionen Einwohner zählendes Land. Die Gegenwehr

gegen die übermächtige Kriegsallianz und ihre Verbündeten im Land war trotz heftigem Bombardement überraschend zäh. Erst als Spezialeinheiten der NATO selbst die Führung übernahmen, konnte Ende August die Hauptstadt eingenommen werden. Im Oktober fiel ihnen schließlich das libysche Staatsoberhaupt, Muammar Al-Ghaddafi, in die Hände. Nach seiner Ermordung erklärte die westliche Allianz den militärischen Teil des Jobs für erledigt – vorerst zumindest. Ersten Schätzungen zufolge haben mindestens 50000 Libyer die »Operation vereinigte Beschützer« nicht überlebt.

In den Hauptstädten der Allianz feierte man den Erfolg dennoch überschwänglich. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen bezeichnete den Krieg als »eine der erfolgreichsten Missionen« des Bündnisses. Mit der Liquidierung ihres alten Feindes und der Beseitigung des libyschen Gesellschaftssystems der Dschamahirija (»Volksherrschaft«) hat man einen Störenfried in Afrika beseitigt und vor allem, so die Kalkulation der Angreifer, den Weg zu den libyschen Ressourcen freigeräumt.

Ohne Einhaltung einer Schamfrist meldeten Politiker und Medien der beteiligten Länder sogleich ihre Ansprüche an den zukünftigen Öl- und sonstigen Geschäften Libyens an. Der Anteil daran müsse sich selbstverständlich nach dem jeweils erbrachten Einsatz im Krieg richten, tönte es aus England und Frankreich. »Wir werden diese Bemühungen zu würdigen wissen, und sie werden Vorrang haben innerhalb eines transparenten Rahmens«, versicherte ihnen Mustafa Abdel Dschalil, Chef des »Nationalen Übergangsrates« im September.1

Mit 46,4 Milliarden Barrel nachgewiesener Reserven verfügt Libyen über die bedeutendsten Vorkommen in Afrika, wobei der größte Teil des Landes noch gar nicht erforscht ist.

Die unter der Ägide von Paris, London und Washington gebildete Führung der Aufständischen hat, Berichten der französischen Zeitung Liberation vom 2.9.2011 zufolge, Frankreich bereits Anfang April den Zugriff auf ein Drittel des libyschen Öls zugesichert. Der britische Verteidigungsminister Philip Hammond drängte die einschlägigen britischen Unternehmen, nun in das »relativ wohlhabende Land mit seinen großen Ölvorkommen« zu eilen und sich Aufträge im Zuge des Wiederaufbaus zu sichern.2

Allein schon die 150 Milliarden US-Dollar Auslandsguthaben Libyens, die nun wieder freigegeben werden, sind dafür, so der britische Guardian, ein »ziemlich großer Pott«.

Vermutlich ist der aufzuteilende Kuchen noch deutlich größer. Das britische Handelsministerium schätzt das gesamte Auftragsvolumen im kommenden Jahrzehnt auf 250 Milliarden Euro. Libyen könnte eines der größten Wachstumsgebiete britischer Firmen werden, frohlocken westliche Medien.

Der britische Handelsminister, Stephen Green, hat im Verein mit den Ölmultis Shell und BP bereits entsprechende Verhandlungen aufgenommen, ihre französischen Pendant ebenfalls. Die Aktien von Shell und BP gingen nach Ghaddafis Tod in froher Erwartung der Anleger deutlich in die Höhe. Ein Dutzend weiterer Delegationen ist, Hammonds Appell folgend, in Libyen eingetroffen und hat Interesse an Aufträgen in allen Bereichen – vom Gesundheits- und Bildungswesen bis zur Öl- und Gasförderung – angemeldet.

Die Reise französischer Firmenvertreter wurde vom Öl-Riesen Total und dem Kraftwerks- und Transportkonzern Alstom angeführt. Allein in den Ausbau des Energiesektors müßten 30 Milliarden US-Dollar gesteckt werden, damit sein volles Potential ausgeschöpft werden könne, so die Franzosen. Das Transportwesen würde ebenfalls zig Milliarden Dollar für die Modernisierung und Erweiterung benötigen, und auch die Bereiche Telekommunikation, Bildung und Tourismus seien

ziemlich veraltet.3

»Investitionsfreundliches Umfeld«

Langfristige neue Abkommen, z.B. über die Erschließung und Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen, kann es allerdings erst nach der Installation einer gewählten Regierung geben. Davor ist die völkerrechtliche Legitimation des Übergangsrates für ausländische Investoren denn doch zu dünn.

Mehr Spielraum sehen der Rat und seine Schutzherren offensichtlich im äußerst lukrativen Finanzsektor, auf den die großen internationalen Banken und Fonds aufgrund der hohen Liquidität der libyschen Geldinstitute und des angesammelten Vermögens des libyschen Staates schon lange eine Auge geworfen haben. Ohne Wahlen und eine neue Verfassung abzuwarten, geht der – in enger Abstimmung mit den westlichen Hauptstädten agierende – Übergangsrat schon daran, das Bankwesen umzugestalten und für ausländische Geldhäuser zu öffnen. Die neue Führung will in Kürze die entsprechenden Gesetze ändern, um ausländisches Kapital anzulocken, ein »investitionsfreundliches Umfeld« zu schaffen und den privaten Sektor zu stimulieren, erläuterte der neue Zentralbankchef, Saddeq Omar Elkaber. Dabei würden gleichzeitig auch die Regeln des islamischen Banksystems eingeführt.4

Wie im Irak wird der große Bedarf an Investitionen vor allem als Folge einer jahrzehntelangen, staatlich gesteuerten Mißwirtschaft dargestellt. Dort war schon bald nach der Invasion mit den von US-amerikanischen »Beratern« konzipierten Projekten begonnen worden, meist völlig am Bedarf und den örtlichen Bedingungen vorbei. Aufgrund mangelnder Aufsicht strichen ausländische Firmen zig Milliarden Dollar ein – ohne adäquate Gegenleistungen. Die Korruption erreichte Rekordhöhen, irakische Gelder verschwanden spurlos. In Libyen, wo noch wesentlich größere Summen in der Verfügungsgewalt einer vom Washington, Paris und London eingesetzten Clique sind, droht nun eine ähnliche Entwicklung.

Hoher Preis



>

Jagd auf
Schwarzafrikaner:
Folteropfer in
einem
Flüchtlingscamp
in Bengasi
(17.10.2011)
Foto: Reuters

Der Preis für die bereits im Land aktiven Firmen war jedoch hoch. Beim größten spanischen Ölproduzenten Repsol YPF beispielsweise brach der Nettogewinn im letzten Quartal 2011 aufgrund des Ausfalls der Produktion in Libyen auf 292 Millionen Euro ein. Im Vorjahr betrug er noch 2,9

Milliarden. Und noch ist die Zeit der Ernte nicht in Sicht. Die Multis haben weiterhin alle Hände voll zu tun, um zunächst die Kriegsschäden zu beseitigen und die durch den Waffengang unterbrochene Förderung wieder in Gang zu setzen.

Total, Repsol und der italienische Konzern ENI konnten ihre Förderanlagen mittlerweile zumindest teilweise wieder instandsetzen und ihre Lieferungen wieder aufnehmen. ENI konnte durch seinen langjährigen, breit gefächerten Beziehungen in Libyen seine Öl- und Gasförderung fast wieder auf Vorkriegsniveau heben. Total und die österreichische OMV haben mittlerweile etwa 60 Prozent der Vorkriegsmenge erreicht, die Ölfelder, an deren Ausbeutung Repsol beteiligt ist, werden in diesem Quartal nur die Hälfte des früheren Outputs liefern können.

Die US-Konzerne ConocoPhillips, Hess und Marathon begannen erst im Januar mit den Arbeiten, Royal Dutch Shell wollte in Kürze folgen, während BP noch abwartet, »bis die Sicherheit der Angestellten gewährleistet werden kann«.

Die Übergangsregierung meldete Anfang des Jahres, daß bereits wieder eine Million Barrel pro Tag (b/d) gefördert würden und kündigte an, bis zum dritten Quartal das Vorkriegsniveau wieder zu erreichen. Die Internationale Energieagentur der OECD ermittelte jedoch nur 800000 b/d, knapp die Hälfte der 1,77 Millionen vor dem Krieg.⁵

Im Januar und Februar konnte die Fördermenge jeweils um weitere 100000 b/d gesteigert werden. Es werde aber zunehmend schwieriger, die Produktion noch weiter zu steigern, so ein führender Experte der britischen Denkfabrik Chatham House. Es habe sehr weitreichende Zerstörungen gegeben, große Mengen an Ausrüstung seien geplündert worden, und vor allem fehle es an qualifizierten Fachkräften. Die Probleme würden verschärft durch den Zustand der übrigen Infrastruktur und die Rivalitäten innerhalb der Übergangsregierung.⁶

Für die Firmen außerhalb des Ölsektors sehen die Aussichten, ihre Geschäfte bald wieder aufnehmen zu können, noch düsterer aus. Noch sind viele Botschaften in Tripolis geschlossen, und es fehlen den ausländischen Konzernen, die in Libyen bisher nur Betreiber und nicht selbst Besitzer der Anlagen und Betriebe sind, die Genehmigungen der zuständigen Ministerien. Dort setzen die Anträge jedoch, wie die Financial Times erfuhr, Staub an, da niemand weiß, wie damit umzugehen ist.⁷ Zudem fehlen auch hier vielerorts die ausländischen Arbeiter, die der Krieg zu Hunderttausenden aus dem Land getrieben hat und an deren Rückkehr vorerst nicht zu denken ist.

Für Firmen vieler Länder, die wie Brasilien oder Indien den NATO-Krieg ablehnten, gibt es noch weitere Hindernisse: Ihnen fehlt die Garantie, daß die neue libysche Führung ihre aktuellen Verträge überhaupt anerkennt.

Unter den derzeitigen Bedingungen, so die Financial Times, füllen die zahlreichen ausländischen Delegationen meist nur die Fünf-Sterne-Hotels, streifen durch die Stadt und ziehen, frustriert über die instabile Lage und die düstere politische Entwicklung, wieder ab. Kaum einer der Geschäftsleute, die außerhalb des Ölsektors aktiv waren, macht mehr, als bei seinem Betrieb vorbeizuschauen und einige wenige Angestellte zurückzulassen, die nach dem Rechten sehen. Selbst viele Vertreter von Ölkonzernen und Großbanken, die das Land besuchten, verließen es hastig wieder, besorgt über die mangelnde Sicherheit und das Fehlen einer stabilen und anerkannten Regierung, die über genügend Autorität verfügt, das Land wieder in Gang zu bringen.

An alldem wird sich, so heißt es, erst etwas ändern, wenn eine gewählte Regierung im Amt ist. Noch gelten bei einer Wiederaufnahme der Geschäfte die alten Gesetze. Auch dies ist für viele ein Grund abzuwarten. Zwingen diese doch u.a. ausländische Firmen dazu, einen großen Teil der Belegschaft mit einheimischen Arbeitern, Angestellten und Managern zu besetzen, verbieten den

Kauf von Immobilien und garantieren dem libyschen Staat einen erheblichen Einfluß auf strategische Entscheidungen.

Verwüstetes Land

Entgegen dem von westlichen Medien vermittelten Bild richtete auch dieser Krieg der NATO enorme Verwüstungen an. 9700 Luftangriffe, bei denen 30000 Bomben abgeworfen wurden, und die monatelangen Kämpfe am Boden haben große Teile der Infrastruktur zerstört oder schwer beschädigt. Einige Gebiete blieben monatelang ohne Strom und Wasser. Am stärksten betroffen war die bis zuletzt umkämpfte Stadt Sirte. Die Versorgung war schon bald nach Beginn des Waffengangs praktisch zusammengebrochen und ist auch heute noch nicht wieder vollständig hergestellt. Noch immer kommt es regelmäßig zu langen Stromausfällen. Auch Telefon und Internet funktionieren vielerorts nicht oder nur eingeschränkt. Die gesamten materiellen Schäden des Krieges werden auf mindestens 35 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Durch den Zusammenbruch der Wirtschaft ist über die Hälfte der Bevölkerung ohne Arbeit.

Hilfsorganisationen stehen jedoch vor dem Dilemma, daß die bisherigen Geberländer die Zahlungen von Hilfsgeldern längst eingestellt haben, da Libyen nach Freigabe seiner eingefrorenen Auslandsguthaben angeblich über genügend eigene Mittel verfüge. Aus diesen Töpfen wurde jedoch noch fast nichts für humanitäre Belange bereitgestellt. Die Übergangsregierung behauptet, sie käme immer noch nicht richtig an die Milliardenbeträge heran. UN-Mitarbeiter vermuten jedoch, wie der UNO-Nachrichtendienst IRIN berichtete, dahinter eher Unfähigkeit und mangelnden Willen. Mazin Ramadan, als Direktor des »Temporären Finanzierungsmechanismus« (TFM) der Schatzmeister des Übergangsrates, antwortete auf die Frage von IRIN, ob humanitäre Hilfe keine Priorität für die neue Regierung hätte, es gäbe »die humanitäre Krise nicht, die alle vorhersagten«.⁸

Vielen Libyern ist die Rückkehr in ihre Heimatorte aufgrund der schweren Schäden, aber auch aus Angst vor Gewalttätigkeiten der neuen Herren auf absehbare Zeit nicht möglich. Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen zählte Ende letzten Jahres 172000 Binnenflüchtlinge, die in Lagern versorgt werden müssen. Die meisten kamen aus Sirte (60000), Tawergha (35000) und Bani Walid (30000). Die überwiegend dunkelhäutigen Einwohner der Kleinstadt Tawergha waren von den Milizen der benachbarten Hafenstadt Misrata, aus Rache für ihre mehrheitliche Unterstützung Ghaddafis, mit brutaler Gewalt vertrieben worden. Tawergha ist seither eine ausgeplünderte Geisterstadt. Die Rachezüge der Misrata-Milizen sind indes noch nicht zu Ende. Am 6. Februar drangen sie in Tripolis in Behelfsunterkünfte ein, in denen Flüchtlinge aus Tawergha untergebracht sind und töteten laut Human Rights Watch mindestens sieben Menschen, darunter drei Kinder und zwei Frauen.

Verfolgung, Vertreibung, Folter

Nach dem Bericht des UN-Sonderbeauftragten für Libyen, Ian Martin, ist es am schlechtesten um die Sicherheit bestellt. »Zur Zeit sorgen bewaffnete rivalisierende Gruppen für Recht und Ordnung im Land«, so Martin. Genau diese hätten ihre Gewaltbereitschaft in den letzten Wochen in blutigen Straßenkämpfen unter Beweis gestellt. Daß unter diesen Umständen, wie geplant, bis Juni Wahlen organisiert werden können, hält Martin für äußerst fraglich.

Mindestens 300 bewaffnete Gruppen mit über 120000 Kämpfern kontrollieren nun das Land, über 50 Milizen haben Tripolis unter sich geteilt. Jede geht auf eigene Faust gegen Personen in ihrem Gebiet vor, die als Ghaddafi-Anhänger gelten. Tausende wurden gefangengenommen oder aus ihren Wohnungen vertrieben. Eine große Zahl wurde, so Amnesty International, wie Oberst Ghaddafi und

einer seiner Söhne nach der Gefangennahme exekutiert.

»Die Situation ist besonders düster für Bewohner von Ortschaften und Stadtteilen, die als Unterstützer Ghaddafis gelten und regelmäßig Mißhandlungen durch Kämpfer ausgesetzt sind«, berichtet Tony Karon vom Time Magazine (4.1.2012). »Die Leute fürchten nun um ihr Leben und das Leben ihrer Söhne«, schreibt die arabische Zeitung Al-Quds Al-Arabi, die den Aufstand ursprünglich unterstützt hat. »Die meisten libyschen Städte wurden zu einem Dschungel voller Gewehre, während die Milizen die Stadtviertel unter sich aufteilen.«⁹

Durch den verbreiteten Rassismus sind besonders Schwarzafrikaner, schwarze Libyer und andere Minderheiten, die allgemein als Sympathisanten Ghaddafis gelten, von Übergriffen betroffen.

Die UNO hatte im November 2011 Kenntnis von 7000 inhaftierten »neuen Staatsfeinden«, darunter auch Frauen und Kinder sowie viele Schwarzafrikaner, die »vermutlich wegen ihrer Hautfarbe festgenommen wurden«. Die meisten würden illegal von Milizen festgehalten, gefoltert und systematisch mißhandelt. Die Menschenrechtsverantwortliche der Vereinten Nationen, Navi Pillay, zählte Ende Januar 2012 bereits 8500 Gefangene. Nach Recherchen des libyschen »Komitee für Gerechtigkeit für die Verschwundenen« steht zu befürchten, daß weitere 35000 an geheimen Orten gefangen gehalten werden.

Amnesty International (AI) und andere Menschenrechtsorganisation berichten seit Monaten immer wieder über massenhafte willkürliche Festnahmen, Folter und Mord. Diese Verbrechen werden nach den Erkenntnissen von AI auch von »offiziell anerkannten« Militäreinheiten und »Sicherheitskräften« durchgeführt, d.h. von der neuen Armee und Polizei, in deren Stärkung im Westen große Hoffnungen gesetzt werden. Gefangene berichteten davon, daß sie in gekrümmten Positionen aufgehängt, stundenlang mit Peitschen, Kabeln, Eisenketten und -stangen geschlagen und mit Elektroschocks gequält wurden. Ihre Wunden bestätigten die Schilderungen.

Symptomatisch ist das Schicksal des Karrierediplomaten Omar Brebesh, der u.a. auch Botschafter Libyens in Frankreich war. Am 19. Januar 2012 bestellte eine Miliz aus Zintan den 62jährigen zu einem Gespräch in ihren Stützpunkt in Tripolis ein. Da er meinte, nichts zu verbergen zu haben, ließ er sich von seinem Sohn hinfahren. Als dieser ihn zur vereinbarten Zeit wieder abholen wollte, wurde er verjagt. Brebeshs Leiche fand man zwei Tage später im Krankenhaus von Zintan, mit Schädelbrüchen, gebrochenen Rippen und ausgerissenen Nägeln. Bekannt wurde der Fall nur, weil die Familie erfahren genug war, um Verbindungen zu internationalen Organisationen aufnehmen zu können. Amnesty International kann mittlerweile ein Dutzend weiterer Fälle belegen, bei denen Gefangene von Milizen zu Tode gefoltert wurden.¹⁰ Vermutlich gibt es aber Hunderte oder Tausende weitere Opfer.

Gefangene haben noch Glück, so der Korrespondent der Financial Times in Libyen, Borzou Daragahi, wenn sie nicht in Misrata landen, wo nach den Erkenntnissen der Menschenrechtsorganisationen die meisten provisorischen Kerker »alpträumenhaften« Folterkammern gleichkommen. Die Hilfsorganisation »Ärzte ohne Grenzen« hat ihre Arbeit in den dortigen Gefängnissen eingestellt, als festgestellt wurde, daß Opfer von schweren Mißhandlungen nach der Behandlung zu erneuten Folterungen abgeholt wurden.¹¹

Gewaltherrschaft

Der Übergangsrat hat entgegen aller Versprechungen bisher nichts gegen die Verbrechen der Milizen und der formal ihm unterstehenden »Sicherheitskräfte« getan. Nicht einmal bei den gravierendsten Fällen wurden Untersuchungen eingeleitet. Durch das Versagen, rechtstaatliche Institutionen aufzubauen und das Treiben der Milizen unter Kontrolle zu bringen, würden die

»Hoffnungen von Millionen Menschen gefährdet, die ein Jahr zuvor auf die Straße gegangen waren, um Freiheit, Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte und der Würde zu fordern«, heißt es in der Einleitung zum jüngsten AI-Bericht. Doch der tiefere Grund für den systematischen Terror der von der NATO an die Macht gebombten Rebellen liegt darin, daß in Wahrheit nicht »Millionen Menschen«, sondern nur eine Minderheit der Bevölkerung hinter den Aufständischen steht und diese daher, angesichts ihrer relativ schwachen Kräfte, gar keine andere Wahl haben, als ihre Herrschaft mit brutaler Gewalt durchzusetzen.

Anmerkungen

1 »Gulf allies move to reap spoils of Libya war«, Financial Times, 18.1.2012

2 »British firms urged to ›pack suitcases‹ in rush for Libya business«, Guardian, 21.10.2011; Hammond: »Libya ›holds business opportunities‹ for UK«, BBC-Video, 21.10.2011

3 Borzou Daragahi: »Uncertainty hampers business in Libya«, Financial Times, 10.2.2012

4 »Libya amending bank law to attract foreigners«, Reuters, 25.2.2012

5 »Signs of Improvement in Libya, Nuqudy«, 22.12.2011; »Monti aims to restore Libya relations«, Financial Times, 22.1.2012; »BP, Shell Preparing for Resumption of Libyan Oil Exploration«, Libya Business News, 13.12.2011

6 »Analyst: Libyan oil recovery has limits«, UPI, 23.1.2012

7 Borzou Daragahi: »Reconstructing Libya: In a ruinous state«, Financial Times, 17.11.2011

8 »LIBYA: The funding dilemma«, IRIN, 5 December 2011

9 »Despite denial, Al Quds dedicates editorial to ›US forces in Malta‹«, Malta Today, 18.1.2012

10 »Militias threaten hopes for new Libya«, AI, 16.2.2012

11 »Libyen: Häftlinge werden gefoltert und erhalten keine medizinische Hilfe – Ärzte ohne Grenzen beendet die Arbeit in Internierungszentren in Misrata«, Pressemitteilung, 26.1.2012; »»Ärzte ohne Grenzen‹ verweigert Folterbeihilfe«, junge Welt, 27.1.2012

Weitere Informationen und Texte auf der Homepage des Autors:

jghd.twoday.net